

MEINUNG

Liebe Bauern, dieser Mist ist noch nicht geführt!

Der Bauernverband hat im Parlament einmal mehr seine Sicht der Landwirtschaft durchgedrückt: Eine absurde Anbauschlacht auf Kosten der Umwelt, der Konsumenten und der Steuerzahlerinnen.

Markus Städeli

20.03.2021, 21.45 Uhr



Landwirtschaftsminister Guy Parmelin spricht am 18. März 2021 in der kleinen Kammer.

Peter Klaunzer / Keystone

Ein sogenannter Pyrrhussieg ist eine gewonnene Schlacht, die den Sieger äusserst teuer zu stehen kommt. Er ist hinterher so geschwächt, dass er den Krieg verliert. Die Bauernlobby hat diese Woche womöglich einen solchen Pyrrhussieg erzielt.

gymglish & Neue Zürcher Zeitung

Verbessern Sie Ihr Englisch

Lernen Sie ganz einfach online. 15 Minuten täglich reichen.

1 MONAT TESTEN



Vordergründig feierte sie einen bemerkenswerten Erfolg. Unter der Führung des gewieften Bauernverbandspräsidenten Markus Ritter gelang es ihr, die Agrarreform AP22+ im Parlament zu versenken. Der Bundesrat hatte viel Arbeit in diese Weiterentwicklung der Landwirtschaftspolitik gesteckt. Seine letztjährige Botschaft ans Parlament zur AP22+ war 286 Seiten dick. Die moderate Reform hatte nicht zuletzt ökologische Ziele und sollte etwa die Umweltbelastung durch Stickstoff, Phosphor oder Treibhausgase reduzieren.

Damit verfolgte die Landesregierung auch ein politisches Kalkül: Sie wollte den beiden Pestizid-Volksinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, den Wind aus den Segeln nehmen. Das war klug – doch der Bauernverband brockt sich lieber einen unangenehmen Abstimmungskampf ein.

Zwar ist das Volksbegehren «für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» zu extrem, um eine Mehrheit mobilisieren zu können: Es sieht ein Technologieverbot vor. Darüber hinaus wollen die Initianten auch den Import von Lebensmitteln unterbinden, bei denen herkömmliche Pflanzenschutzmittel zum Einsatz gekommen sind. Es handelt sich also um einen Bio-Zwang.

Die «Initiative für sauberes Trinkwasser» hingegen ist viel subtiler. Sie kommt ohne Verbote aus. Landwirte dürfen auch in Zukunft Chemie ausbringen oder Nutztiere prophylaktisch mit Antibiotika behandeln. Nur bekommen sie dann keine Subventionen. Nun leuchtet es aber vielen Stimmbürgerinnen ein, dass Subventionen nicht eine Art Menschenrecht darstellen, sondern dass die Steuerzahler diese an Bedingungen ihrer Wahl knüpfen können.

NZZ JOBS

Jobsuche mit Stichwörtern



Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB

Projektleiter / in (80 - 100%) neue Mobilität

Zug



GoodHabitZ

Junior marketing specialist Switzerland (location: Frankfurt)

Frankfurt / Germany



Und ohnehin: Wer ist schon nicht für sauberes Trinkwasser? Wir entscheiden kurz gesagt über die Frage, ob wir mit unseren Steuergeldern weiterhin eine grossangelegte Wasserverschmutzung subventionieren wollen oder nicht. So zumindest stellen es die Initianten dar.

Der Bauernverband sieht zwar in einer parlamentarischen Initiative, die gewisse Ziele beim Pestizideinsatz ins Gesetz schreiben will, «die Antwort gegen die extremen Agrarinitiativen». Er dürfte sich aber täuschen, dass diese als Gegenvorschlag wahrgenommen wird, und diese Abstimmungen so einfach zu gewinnen sind.

Wir haben gerade erlebt, dass auch in einer Jahrhundertkrise wie der Corona-Pandemie die Versorgung mit Lebensmitteln nie auch nur ansatzweise gefährdet war. Die Forderung des Bauernverbandes nach einer Maximierung der Nahrungsmittelproduktion ist allenfalls mit Extrem-Erfahrungen der Weltkriegszeit begründbar. Im 21. Jahrhundert aber wirkt das Ziel eines hohen Selbstversorgungsgrads mit Kartoffeln und Zuckerrüben absurd. Zumal für eines der reichsten Länder der Welt, das seinen Wohlstand einzig der globalen Arbeitsteilung verdankt.

Doch abgesehen vom Scheinargument der Ernährungssicherheit gibt es nichts, was für eine grossangelegte Agrarproduktion in der Schweiz spricht. Zwar beträgt die sogenannte Bruttowertschöpfung unserer Bauern 4,2 Milliarden Franken. Diese Zahl verliert allerdings stark an Strahlkraft, wenn man sie ins Verhältnis zur gesamten Bruttowertschöpfung des Landes setzt: Es ist ein Anteil von nur 0,7 Prozent. Vor allem aber stehen ihr staatliche Unterstützungszahlungen von jährlich rund 3,6 Milliarden Franken gegenüber.

Der Zollschutz – ein wichtiger Grund für die Hochpreisinsel Schweiz – kostet uns Konsumenten weitere 3,3 Milliarden Franken. Hinzu kommen ungedeckte Umweltfolgen zulasten der Allgemeinheit – Ökonomen reden von externalisierten Kosten. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD beziffert die Gesamtstützung der Schweizer Landwirtschaft auf sage und schreibe 55 Prozent der bäuerlichen Erträge. Zwar kommen auch Bauern in der EU nicht ohne staatliche Hilfe aus – aber dort liegt dieser Wert mit 20 Prozent viel tiefer.

Machen wir uns also nichts vor: Landwirtschaft in der Schweiz hat weder mit Ernährungssicherheit noch mit Marktwirtschaft zu tun. Es handelt sich primär um eine Aktivität, die wir uns aus nostalgischen Gründen leisten. Natürlich stiftet diese auch Nutzen, etwa die Pflege der Landschaft, die Belebung von Randregionen oder den Ausgleich eines möglichen Stadt-Land-Grabens. Doch stehen solche Ziele im Gegensatz zu einer ökologischen Ausrichtung und dem konsequenten Schutz der Biodiversität? Garantiert nicht. Ein Land, das seine Gewässer und Böden mit einer Anbauschlacht schädigt, die sich wirtschaftlich gar nicht rechnet, begeht einen kollektiven Akt der Dummheit.

Die Bewohner der Schweiz haben in verschiedenen Wahlen, Abstimmungen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, dass sie der Umwelt mehr Sorge tragen wollen. Ausgerechnet bei der Agrarpolitik foutiert sich das Parlament um diesen Volkswillen. Stimmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der liberalen Trinkwasser-Initiative in grosser Zahl zu, können sie ihren Vertretern in Bundesbern am 13. Juni ein deutliches Signal senden: Dieser Mist ist noch nicht geführt!

Mehr zum Thema





Pestizide, Dünger, Schmerzmittel: Warum unser Trinkwasser bedroht ist

Das Schweizer Hahnenwasser ist weltbekannt. Dabei ist es längst nicht mehr so rein. Es muss etwas geschehen, fordern Wasserversorger und Kantonschemiker.

Carole Koch und Anja Burri

Nur für Sie

Der Impfplan des Bundes setzt beginnt die letzte Runde im Kampf um den

Lukas Häuptli, Franziska Pfister, Ladina Triaca

Andreas Schmid

Beim Urnenwahltag im Kampf um den



Moutier liegend blank

Andrea Kučera

NZZaS abonnieren →

[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.

 Hören  Teilen